

## SÜDAFRIKA

CHRISTIAN HÜBNER  
JENNIFER SCHUSTER

Januar 2012

[www.kas.org.za](http://www.kas.org.za)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

## Klimaverhandlungen im südafrikanischen Durban

ERGEBNISSE, DIPLOMATIE UND DIE ROLLE DES GASTGEBERS

Zum ersten Mal war Südafrika Ende 2011 Ausrichter der Weltklimaverhandlungen der Vereinten Nationen. In Durban fand die jüngste Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) statt. Südafrika erhielt dabei viel Lob für seine Rolle als Gastgeber der 17. *Conference of Parties* (COP 17). Die Aufgabe war keine einfache, nachdem in den vergangenen Jahren nur geringe Fortschritte erzielt wurden. Südafrika versuchte daher im Vorfeld, die Erwartungen in einem angemessenen Rahmen zu halten. Der südafrikanische Klimaexperte und Hauptverhandlungsführer Alf Wills erklärte, die Welt werde „in Durban das Ergebnis bekommen, zu dem sie bereit ist“. Er betonte allerdings auch die Notwendigkeit eines gerechten Ergebnisses für alle Länder.

Die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen ist heute die maßgebliche Plattform für globale Klimaschutzverhandlungen. Sie geht zurück auf die Weltnachhaltigkeitskonferenz der Vereinten Nationen von 1992, bei der der Klimawandel als ein ernstes globales Umweltproblem neben dem Verlust der Biodiversität und der zunehmenden Verwüstung politisch anerkannt wurde. Im Rahmen der jährlich stattfindenden Vertragsstaatenkonferenz wird darüber verhandelt, wie der globale Klimawandel aufgehalten werden kann und wie die Welt sich an seine Auswirkungen anpasst. Innerhalb der ersten zehn COPs konnte dabei, trotz mühsamer Debatten und Rückschlägen, mit dem Kyoto-Protokoll ein umfassendes Abkommen beschlossen werden, das einen Teil der Vertragsstaaten der UNFCCC dazu verpflichtet, ihre klimaschädlichen Treibhausgase im Zeitraum zwischen 2008 und 2012 im Vergleich zu 1990 prozentual zu reduzieren. Obwohl das Kyoto-Protokoll nicht alle Industrieländer einschließt, zeigt es doch, dass ein globaler Klimaschutz möglich ist. Industrieländer wie Deutschland haben ihre klimaschädlichen



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## SÜDAFRIKA

CHRISTIAN HÜBNER  
JENNIFER SCHUSTER

Januar 2012

[www.kas.org.za](http://www.kas.org.za)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

Emissionen reduziert, ohne deswegen wirtschaftlichen Einbrüche zu erleiden.

Die gegenwärtige Phase der COP-Verhandlungen gestaltet sich indes sehr schwierig. Bei der COP 13 in Bali im Jahr 2007 wurde ein ambitionierter *Bali Action Plan* entworfen, der den Weg für Regelung nach Ablauf des Kyoto-Protokolls ebnen sollte. Erstmals sollten dabei auch verstärkt die Schwellen- und Entwicklungsländer einbezogen werden. Ziel war es, auf der COP 15 in Kopenhagen ein umfassendes Kyoto-Nachfolgeabkommen zu beschließen. Das Ergebnis ist hinlänglich bekannt, ein umfassendes Abkommen konnte nicht beschlossen werden. Stattdessen wurde ein sogenannter *Copenhagen Accord* vereinbart, eine politische Erklärung ohne bindenden Charakter. Das enttäuschende Ergebnis machte deutlich, dass sich die klimapolitischen Gewichte neu verteilt haben. Die Europäische Union, die bis dato ein Treiber des weltweiten Klimaschutzes ist – u.a. indem sie auch einseitig mit positivem Beispiel voranging –, konnte in Kopenhagen ihr Gewicht nicht optimal zum Einsatz bringen. Nach diesem ernüchternden Ergebnis wurden bei der COP 16 in Cancún (Mexiko) die Erwartungen von allen Teilnehmern bewusst gedämpft. Vor diesem Hintergrund gelang es dann, mit einer Reihe von beschlossenen Maßnahmen wieder Impulse für einen globalen Beschluss zum Schutz des Klimas zu setzen – z.B. mit der Einrichtung eines *Green Climate Fund*, der den Entwicklungsländern ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellen soll, und der politischen Anerkennung des Zwei-Grad-Ziels.

Auf der COP 17 beschlossen die Teilnehmer nun die sogenannte Durban-Plattform. Sie soll zu einem Klimaschutzrechtsabkommen führen, das alle Länder beinhaltet. So wird Anfang nächsten Jahres eine Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen damit beginnen, ein neues, umfassendes Klimaabkommen zu verhandeln, das so schnell wie möglich, spätestens jedoch 2015 verabschiedet und ab 2020 umgesetzt werden soll. Damit sind erstmals alle Emittenten inbegriffen, auch die Schwellenländer und die USA. Die bisherige Aufteilung – Minderungsziele für Industrieländer, freiwillige Maßnahmen für Entwicklungsländer – könnte damit überwunden werden.

In der Gesamtbetrachtung kann dieses Ergebnis als ein wichtiger Schritt in der zukünftigen Umsetzung eines globalverbindlichen Klimaschutzabkommen bewertet werden. Letztlich muss aber auch deutlich akzentuiert werden, dass die in Durban beschlossenen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**SÜDAFRIKA**

CHRISTIAN HÜBNER

JENNIFER SCHUSTER

Januar 2012

[www.kas.org.za](http://www.kas.org.za)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Vereinbarungen später nicht zwingend in ein rechtskräftiges Klimaschutzabkommen münden müssen. Für das Kyoto-Protokoll, das 2012 ausläuft, einigten sich die Teilnehmer auf eine zweite Verpflichtungsperiode, so dass Instrumente wie der *Clean Development Mechanism* fortgeführt werden können. Allerdings hatten sich Kanada, Russland und Japan gegen eine Verlängerung des Kyoto-Protokolls ausgesprochen, so dass hier nur von einer Übergangslösung gesprochen werden kann. Kanada hat kürzlich sogar seinen vorzeitigen Austritt aus dem Protokoll erklärt. Kanada ist damit das erste Land, dass das Abkommen ratifiziert hatte und nun aus dem Abkommen austritt. Es begründet seinen Schritt damit, dass es durch die Nichteinhaltung der Reduktionsziele Strafzahlungen zu erwarten hat. Diese sollen vermieden werden. Hier wird deutlich, dass sich Kanada von Anfang an nicht verpflichtet gefühlt hat, das Abkommen einzuhalten. Das Land hatte seinen Schritt vor den Klimaverhandlungen bereits in Aussicht gestellt, so dass der eigentliche Austritt keine große Überraschung war. Kanada besitzt große Vorkommen an „Ölsand“, die gegenwärtig ausgebeutet werden, wodurch es mit der stärkeren Emissionen von Treibhausgasen rechnen muss. Ölsand ist im Vergleich zu herkömmlichen Erdölvorkommen aufgrund der aufwendigen Trennung des Öls vom Sand schwieriger abzubauen und verursacht deshalb höhere Kosten. Die zunehmende Verknappung von Erdöl weltweit macht diese Ressourcenvariante jedoch für Unternehmen lukrativ. Dies ist sicherlich ein Grund für Kanadas Austritt.

Die genaue Ausgestaltung der zweiten Verpflichtungsperiode (z.B. die den Staaten zustehenden Emissionsbudgets sowie der Umgang mit überschüssigen Emissionsrechten aus der ersten Periode) soll bis zur nächsten Klimakonferenz (COP 18) Ende 2012 in Katar geklärt werden. Die zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls kann allenfalls als Übergangslösung dienen, da es noch nicht einmal mehr 15 Prozent der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen umfasst. Es stellt sich deshalb die grundsätzliche Frage, wie Schwellenländer wie China, die maßgeblich für den jüngsten globalen Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich sind, in ein Kyoto-Protokoll integriert werden können. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Hoffnung, dass weitere Industrieländer, z.B. Australien, die zunehmend über kompatible marktwirtschaftliche Umweltschutzzinstrumente wie den Emissionshandel den Weg für einen globalen rechtsverbindlichen Klimaschutz ebnen. Darüber hinaus wurden

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## SÜDAFRIKA

CHRISTIAN HÜBNER  
JENNIFER SCHUSTER

Januar 2012

[www.kas.org.za](http://www.kas.org.za)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

in Durban zahlreiche Umsetzungsentscheidungen getroffen. So wurden die Instrumente ausgestaltet, die Staaten bei der Anpassung an den Klimawandel und bei der Technologiezusammenarbeit unterstützen sollen, und der in Cancún beschlossene *Green Climate Fund* wurde arbeitsfähig gemacht. Deutschland hat angeboten, den Fonds in Bonn anzusiedeln. Um den Sitz bewerben sich aber auch die Schweiz, Mexiko und Singapur. Verwaltet werden soll der Fonds von einem Gremium, dem jeweils zwölf Vertreter der Industrie- und der Entwicklungsstaaten angehören. Die grundsätzliche Frage jedoch, inwieweit die zugesagten Geldmittel aufgebracht werden können, ist noch nicht entschieden. Der Fonds kann grundsätzlich ein richtiges Mittel sein, um den Herausforderungen des globalen Klimawandels zu begegnen. Letztlich kann er aber nur zu einem Erfolgsmodell werden, wenn die Gelder, die in die Entwicklungsländer fließen, dort auch auf entsprechende funktionsfähige, d.h. rechtsstaatlich und demokratisch intakte Institutionen treffen.

Neben den Ergebnissen von Durban zeigt ein Blick auf die Dynamik der Klimaverhandlungen eine spannende Neuentwicklung. Während die EU in Kopenhagen 2009 bei der entscheidenden Besprechung noch außen vor war, konnte sie sich in Durban wieder entscheidend einbringen. Sie gründete in den letzten Verhandlungstagen, als die Fronten verhärtet waren, eine Allianz der progressiven Staaten und stand damit im Zentrum eines Bündnisses von kleinen Inselstaaten, den ärmsten Ländern und progressiven afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern. Die Allianz übte Druck auf die großen Emittenten aus, so dass Indien und China schließlich ihren Widerstand gegen ein Rechtsabkommen aufgaben. Dem Bündnis gelang es, bestehende Fraktionen in der Klimapolitik zu verbinden. Welche Konsequenzen diese Allianz tatsächlich aber haben wird, bleibt abzuwarten.

*Abbildung 1: Formelle und Informelle Fraktionen bei den Klimaverhandlungen der UNFCCC*

|                                                   |                                                                                                                                                                   |
|---------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <i>Association of Small Island States (AOSIS)</i> | Gruppe kleiner Inselstaaten, die unmittelbar vom klimawandelinduzierten Meeresspiegelanstieg bedroht sind und deshalb eine strikte Klimaschutzpolitik einfordern. |
|---------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**SÜDAFRIKA**

CHRISTIAN HÜBNER  
JENNIFER SCHUSTER

Januar 2012

[www.kas.org.za](http://www.kas.org.za)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

|                                           |                                                                                                                                                                                                                                                                                         |
|-------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <i>Least Developed Countries (LDC)</i>    | Gruppe von Staaten zumeist aus Afrika und Asien, die kaum Kapazitäten zur Anpassung an den Klimawandel aufweisen und deshalb auch besonders auf übergeordnete Organisationen, wie die Vereinten Nationen angewiesen sind.                                                               |
| <i>G77 und China</i>                      | Größte Gruppe der Entwicklungsländer, die vor allem die entwickelten Länder in der Pflicht im Kampf gegen den Klimawandel sieht. Die Größe der Gruppe sorgt aber auch dafür, dass sich eine gemeinsame Meinung nur selten herausbildet.                                                 |
| <i>Europäische Union (EU)</i>             | Die EU setzt sich für einen strikten Klimaschutz ein und geht mit ambitionierten Klimaschutzzielen voran. Sie spricht bei internationalen Klimaverhandlungen mit einer Stimme, was aber nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass ihre Mitgliedsstaaten auch eigene Interessen verfolgen. |
| <i>Umbrella Group, früher JUSSCANNZ</i>   | Gruppe industrialisierter Staaten, die nicht Mitglied in der EU sind. Unter dem Akronym Umbrella Group sind heute noch Russland und die Ukraine hinzuzuzählen.                                                                                                                          |
| <i>Coalition for Rainforest Countries</i> | Gruppe von Ländern, die einen hohen Anteil an Regenwald aufweisen und sich zum Ziel gesetzt haben, die Abholzung der Regenwälder in Entwicklungsländern zu verringern.                                                                                                                  |
| <i>Environmental Integrity Group</i>      | Die einzige Gruppe, die sich aus                                                                                                                                                                                                                                                        |

**SÜDAFRIKA**

CHRISTIAN HÜBNER  
JENNIFER SCHUSTER

Januar 2012

[www.kas.org.za](http://www.kas.org.za)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

|                                                                                                                        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|                                                                                                                        | Annex I- und Nicht Annex I-Staaten zusammensetzt.                                                                                                                                                                                                                                                                |
| <i>Group of Countries Central Asia and the Caucasus, Albania and Moldova (CACAM)</i>                                   | Sie fordern die Anerkennung ihrer Länder als Nicht Annex I-Staaten, deren Wirtschaft sich im Wandel befindet. Hintergrund ist die Frage, wie Entwicklungsländer definiert sind. Die CACAM-Staaten selbst sehen sich nicht als Entwicklungsländer.                                                                |
| <i>Bolivarian Alliance for Peoples of our America (ALBA – Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América)</i> | ALBA ist bei der UNFCCC mit fünf Staaten (Venezuela, Kuba, Bolivien, Ekuador, Nikaragua) vertreten. Sie fordert die Beschränkung der Erhöhung der Erdtemperatur auf durchschnittlich ein bis 1,5 Grad und das Prinzip, dass Industrieländer im Kampf gegen den Klimawandel eine Führungsrolle übernehmen sollen. |
| <i>Cartagena Dialogue</i>                                                                                              | Informelle Gruppierung von 30 Industrie- und Entwicklungsländern, die aus den Klimaverhandlungen 2010 in Cancún (Mexiko) entstanden ist und das Ziel verfolgt, ein rechtlich verpflichtendes Abkommen unter dem Dach der UNFCCC zu verabschieden.                                                                |
| <i>BASIC</i>                                                                                                           | Brasilien, Südafrika, Indien und China. Sie repräsentiert Schwellenländer, die zunehmend an ökonomischer und politischer Kraft gewinnen.                                                                                                                                                                         |

**Gastgeberdiplomatie**

Südafrika wollte einen Raum für Dialog kreieren und damit die Voraussetzungen für erfolgreiche Verhandlungen schaffen. Der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## SÜDAFRIKA

CHRISTIAN HÜBNER  
JENNIFER SCHUSTER

Januar 2012

[www.kas.org.za](http://www.kas.org.za)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

südafrikanische Präsident Jacob Zuma rief in diesem Zusammenhang deshalb schon zu Beginn der Verhandlung die Delegierten dazu auf, die eigenen nationalen Interessen zum Wohle der Allgemeinheit zurückzustellen. Letztlich versuchte der Gastgeber auch, gesamtafrikanische Interessen in die Verhandlungen einzubringen. Die einheitliche Position der afrikanischen Länder war es, „ein angemessenes und gerechtes Ergebnis der COP 17-Verhandlungen zu erzielen“, so Alf Wills. Schließlich sind die Länder des afrikanischen Kontinents nach ihrer Auffassung am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich, aber von den Auswirkungen am meisten betroffen. Die Verhandlungsführer verfolgten deshalb das Ziel, die am meisten durch den Klimawandel gefährdeten Länder in den Mittelpunkt der Verhandlungen stellen, um ein Bewusstsein für die Notwendigkeit zum Handeln zu schaffen. Sie unterstrichen in diesem Kontext zudem die Notwendigkeit einer ausgeglichenen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, ein Aspekt, der im Kontrast zum Klimaschutz stehen könne und durch Transferleistungen ausgeglichen werden müsse. Neben der Etablierung von gesetzlichen Richtlinien für die Regulierung von CO<sub>2</sub>-Reduktion war die Einführung des *Green Climate Funds* eines der Hauptanliegen der Gastgeber, um die Belastung und die Kosten des Klimawandels so gerecht wie möglich zu verteilen und die Gräben zwischen Industrieländern auf der einen und Schwellen- und Entwicklungsländern auf der anderen Seite zu überwinden.

Präsident Zuma war mit dem Verlauf der Verhandlungen und den Ergebnissen, der sogenannten „Durban Plattform“ mehr als zufrieden und nannte sie „einen Coup für Afrika“. Das Ende von COP 17 sei ein Moment der Ehre sowohl für das Land als auch für den Kontinent. Die Außenministerin und Präsidentin der COP 17-Verhandlungen, Maite Nkoana-Mashabane, bezeichnete die Ergebnisse von Durban als wichtigen Schritt für die Allgemeinheit und eine wichtige Grundlage für die weiteren Klimaverhandlungen. Die COP 17 sei ein außerordentlicher Erfolg sowohl für das Land als auch für die internationale Gemeinschaft.

Im Gegensatz dazu kritisierten jedoch Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace mit Blick auf die Art und Weise der Verhandlungsführung die mangelnde Führungskraft Zumas. Auch wurde Südafrika für die Verlängerung der Verhandlungen verantwortlich gemacht, da in der vorgesehenen Zeit keine Einigung erzielt werden konnte. Die zweitägige Verlängerung kann auf die verhärteten Fronten zurückgeführt werden:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## SÜDAFRIKA

CHRISTIAN HÜBNER  
JENNIFER SCHUSTER

Januar 2012

[www.kas.org.za](http://www.kas.org.za)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

Auf der einen Seite die EU und eine Vielzahl von Entwicklungsländern, die „kompromisslos“ eine striktere Klimaschutzpolitik forderten, auf der anderen Seite die USA, China sowie Indien, die sich auf keine verbindlichen Reduktionsziele festlegen wollten. Letztlich zeigt die Verlängerung aber auch, dass die Teilnehmer unbedingt ein Abkommen erzielen wollten.

Für einige der Delegierten waren die Vermittlungsbemühungen des Gastgebers zu gemächlich. Sie kritisierten, drängende Entscheidungen seien nicht oder erst in der Verlängerung getroffen worden. Kritikern der südafrikanischen Verhandlungsführung entgegnete der Gastgeber, die COP 17-Verhandlungen hätten vor fast unmöglichen Herausforderungen gestanden. Angesichts der Ausgangslage sei in Durban das bestmögliche Ergebnis erzielt worden. Hätte man die Teilnehmer zu mehr Zugeständnissen gezwungen, wäre die Verhandlung wohl komplett gescheitert, was nicht nur ein Ende des Kyoto-Protokolls, sondern womöglich auch das Ende der VN-Klimaverhandlungen bedeutet hätte. Aber auch der südafrikanische Klimaunterhändler Wills zeigte sich enttäuscht und mahnte, besonders die Austrittsklausel könnte die nächsten Schritte in Richtung eines verbindlichen Abkommens gefährden. Umweltministerin Edna Molewa räumte zudem ein, dass Südafrika, wie auch die anderen Mitglieder der BASIC-Gruppe, selbst einer der größten CO<sub>2</sub>-Emittenten weltweit ist. Dies habe die Verhandlungsposition des Landes während der COP 17 erschwert.

Südafrika war bemüht, seiner Gastgeberrolle gerecht zu werden und erhielt Bestnoten im Bereich der organisatorischen Ausgestaltung der COP 17. Allerdings mangelte es an Durchsetzungsfähigkeit und Moderationswillen bei drängenden Fragestellungen.

### Ausblick: Klimaschutz versus Entwicklung?

Südafrika ist allein in Afrika für 38 Prozent des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes verantwortlich, obwohl es im *National Climate Change Response White Paper* festgeschrieben hat, die CO<sub>2</sub>-Emission bis 2020 um 34 Prozent und bis 2025 um 40 Prozent zu reduzieren. Eine Zusage, zu der sich das Land bereits auf der COP 15 in Kopenhagen bekannte, die aber vom Zugang zu finanzieller und technischer Unterstützung abhängig ist. Laut der Zivilgesellschaftsorganisation Earthlife Africa spiegelt die angestrebte CO<sub>2</sub>-Reduzierung des Landes jedoch nicht den eigentlichen Anteil der



**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**SÜDAFRIKA**

CHRISTIAN HÜBNER  
JENNIFER SCHUSTER

**Januar 2012**

**[www.kas.org.za](http://www.kas.org.za)**  
**[www.kas.de](http://www.kas.de)**

CO<sub>2</sub>-Emissionen wieder. Pro Kopf ist Südafrika einer der größten Verursacher von Treibhausgasen weltweit und müsste daher eigentlich eine ambitioniertere Reduzierung anstreben.

Vom Gastgeber wurde erwartet, dass Südafrika als gutes Beispiel im Bereich des Klimaschutzes voranschreitet. Die Ausrichtung der Klimakonferenz trug sicherlich positiv zu den nationalen Klimaanstrengungen des Landes bei. Die Bekenntnisse setzen aber einen politischen Willen auf nationaler Ebene und langfristige Strategien voraus, die das Auftreten Südafrikas auf internationaler Ebene unterstützen. Die Herausforderungen für ein grünes Südafrika sind besonders schwierig, da es den Anschein hat, als wäre die wirtschaftliche Entwicklung des Landes an einen höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoß gekoppelt. Aufgrund ihrer Schwerindustrie, zum Beispiel der Abbau von Edelmetallen, ist die südafrikanische Wirtschaft sehr energieintensiv, und 90 Prozent der Energiegewinnung basieren auf Kohle. Trotz der Bemühungen der Regierung hat sich daran nichts geändert. Energieminister Dipuo Peters erklärte zudem, man könne den Anteil des Kohleabbaus am Bruttoinlandsprodukt nicht ignorieren. 2010 hatte Südafrika 32 Milliarden Tonnen an Kohlereserven. Südafrika ist weltweit einer der größten Kohleexporteure. Allerdings ist die Situation Südafrikas nicht einmalig. Die meisten Schwellen- und Entwicklungsländer sind mehrheitlich von Kohle abhängig.

Südafrika ist außerdem der Bedrohung durch Naturkatastrophen ausgesetzt. Sie hätten direkte negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft, Nahrungssicherheit und Infrastruktur des Landes und würden Entwicklungsfortschritte zu Nichte machen. Die nationale Regierung ist sich dessen bewusst und hat im National Climate Change Response White Paper Ideen für eine nachhaltige Wirtschaft formuliert. Umsetzungspläne fehlen jedoch bislang.

Daher zielt Südafrika im Bereich des Klimaschutzes nicht nur auf Transferleistungen ab, sondern auch auf bilaterale Kooperationen. Besonders Deutschland ist hierbei ein wichtiger Unterstützer. Das South African-German Energy Programme (SAGEN), finanziert vom deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, will die Brücke zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Klimaschutz schlagen. Die Implementierung bereits bestehender Strategien schreitet nur langsam voran, was zu geringen Investitionen in neue, dringend benötigte Projekte führte. SAGEN setzt genau hier an und will die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**SÜDAFRIKA**

CHRISTIAN HÜBNER  
JENNIFER SCHUSTER

Januar 2012

[www.kas.org.za](http://www.kas.org.za)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

Rahmenbedingungen und Kapazitäten für Investitionen im Bereich Erneuerbarer Energien und Energieeffizienz verbessern. Das Programm unterstützt südafrikanische Ministerien in der Ausarbeitung und Implementierung von Programmen und Strategien im Bereich der Energieeffizienz. Langfristig sollen dadurch Investitionen im Bereich von sauberer Energie gefördert und Arbeitsplätze im Bereich der nachhaltigen Wirtschaft geschaffen werden. Es geht also um ein Gleichgewicht zwischen Klimaschutz und wirtschaftlicher Entwicklung.

Neben der Umsetzung von nationalen Strategien muss zudem auch ein Umweltbewusstsein innerhalb der Bevölkerung geschaffen werden. Hier spielen die Städte in Südafrika eine wichtige Rolle. Laut dem African Green City Index sind Südafrika Städte, und hier besonders Kapstadt, Vorreiter im Klimaschutz. Mit der Climate Smart Cape Town Initiative macht zum Beispiel Kapstadt auf die Dringlichkeit des Klimaschutzes aufmerksam. Die Stadt will ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß minimieren und Investitionen im Bereich „sauberer Entwicklung“ tätigen. Mit einfach verständlichen Strategien will Kapstadt ein Bewusstsein für den Klimawandel und Umweltschutz schaffen.

Südafrika ist mit der Problematik Klima versus Entwicklung ein typisches Beispiel für die Situation der Entwicklungsländer. Auf der 17. Vertragsstaatenkonferenz wurden daher wichtige Schritte unternommen, um ein Klimaschutzabkommen auf dem Weg zu bringen, das die verschiedenen Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten sowohl der Industrie- als auch der Entwicklungs- und Schwellenländer berücksichtigt. Gerade mit dem *Green Climate Fund* wurde eine der wichtigsten Forderungen der Schwellenländer nach einer gerechten Lösung Rechnung getragen. Die Klimaverhandlungen profitierten zudem von einer starken EU, die ihr Verhandlungsgeschick dazu nutzte, Uneinigkeiten aus dem Weg zu räumen und die Verhandlungen zu einem positiven Abschluss zu bringen. Insgesamt können die Ergebnisse aus Durban daher durchaus positiv bewertet werden. Einige Wermutstropfen bleiben jedoch: Die Beschlüsse von Durban bleiben in ihrer Umsetzung unverbindlich. Selbst wenn die Versprechungen eingehalten werden, fraglich ist, ob die Maßnahmen ausreichen.